

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Die Reichstagswahlen und die Arbeiter.

Der durch die Wahlen vom 4. Mai dieses Jahres zustande gekommene Reichstag hat durch Auflösung sein Ende erreicht. Die Parteien rüsten zum Wahlkampf; denn am 7. Dezember 1924 sollen bereits die Neuwahlen stattfinden. Der Wahlkampf wird verhältnismäßig kurz, jedenfalls aber sehr heftig werden. Besondere Anstrengungen sind von den reaktionären Parteien, der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen, zu erwarten. Die Aussichten auf einen Wahlerfolg erscheinen für sie zwar nicht mehr so günstig wie bei den Mainwahlen, wo sich noch die Nachwirkungen der Inflationszeit stark bemerkbar machten. Nichts wäre aber verheerlicher, als hierauf Hoffnungen zu setzen und den Wahlen mit Teilnahmslosigkeit oder Gleichgültigkeit gegenüberzutreten. Die reaktionären Parteien haben es stets verstanden, die für sie in Betracht kommenden Wählermassen aufzurütteln und an die Wahlurne zu bringen. Sie werden es auch diesmal fertigbringen, um so leichter, als sie hierfür anzuwendenden Mittel noch nie in Verlegenheit gerieten, die Dummen nie alle werden und schließlich die politische Zersplitterung der proletarischen Volksschichten sowie die sich aus ihr ergebende Wahllastheit ihnen ausgiebige Wahlhilfe leisten. Unverständnis, Denkfaulheit und politische Gleichgültigkeit sind stets die besten Bundesgenossen der Reaktion; sie haben dem arbeitenden Volke in seinem Kampfe für den politischen und wirtschaftlichen Fortschritt schon zu mancher Niederlage verholfen.

Das war auch bei den letzten Reichstagswahlen der Fall, deren Ergebnis feststellen ließ, wie weit noch das deutsche Volk von jener politischen Reife entfernt ist, die es zum richtigen Gebrauch der ihm durch die Weimarer Verfassung gewährleisteten Rechte befähigt. Davon machen die Arbeiter keine Ausnahme. Große Teile des arbeitenden Volkes — Millionen Männer und Frauen — blieben bis jetzt von der schon über ein halbes Jahrhundert betriebenen politischen und gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit der Arbeiterorganisationen völlig unberührt, sind von ihrem Geiste nicht erfaßt worden. Ebenjowenig haben sie aus der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre gelernt. Letzteres trifft ebenso für das Kleinbürgertum zu. Wäre es anders, so hätte eine Zusammensetzung, wie sie der verflorenen Reichstag aufwies, nicht zustande kommen, jene ungeheuerliche Stimmenzersplitterung nicht eintreten können, die das deutsche Volk zum Gespött der Welt und den gewählten Reichstag von vornherein zu jeder ernsthaften politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit unfähig machen mußte.

Die politischen Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften, dem Reichstag wie den Landtagen der einzelnen Länder, waren bereits unter dem monarchistischen Regiment für die politische und wirtschaftliche Entwicklung wie für die Arbeiter von erheblicher Bedeutung. Durch die neue Reichsverfassung ist diese Bedeutung erheblich gestiegen. In dem Reichstage sowie in den Landtagen der Vorkriegszeit besaß das Volk wenig Rechte. Das Volk bestand eben nur aus Untertanen, die es sich gefallen lassen mußten, von einem übergeschnappten Gottesgnadentum beherrscht zu werden. Reichstag wie Landtage waren nur das Sprachrohr des Volkes, durch das es seine Wünsche und Forderungen der Obrigkeitsregierung bekanntgeben durfte. Dabei kam es auf eine etwas mehr oder weniger bunt-schichtige Zusammensetzung dieser Körperschaften nicht allzugleich an; denn letzten Endes war es die Regierung oder der sie vertretende Bundesrat, der über die Annahme und Ablehnung der beschlossenen Gesetze entschied. War es trotzdem schon zu jener Zeit von sehr wesentlichem Einfluß, daß die Arbeiterschaft eine starke Vertretung im Reichstag wie in den Landtagen aufwies, um ihren Forderungen einen möglichst starken Nachdruck zu verleihen, so wird diese jetzt in erheblich verstärktem Maße notwendig.

Die Weimarer Verfassung hat das Gottesgnadentum beseitigt, die Republik geschaffen. Das deutsche Volk untersteht nicht mehr einem Obrigkeitsstaat, sondern die Staatsgewalt liegt in seinen eigenen Händen. Es sind also erhebliche Wandlungen eingetreten. Das Volk übt nun selbst die Staatsgewalt durch seine gewählten Vertreter aus, denen kein Bundesrat oder keine Erste Kammer als Vormund gegenübersteht. Neben der repräsentativen ist im Volksentscheid die unmittelbare Volksgesetzgebung ge-

schaffen. Damit nimmt das Volk ebenfalls selbst an der Gesetzgebung teil. Das sind Änderungen von so großer Tragweite, daß hieraus die erforderlichen Folgerungen gezogen werden müssen. Wenn früher gegen die Teilnahme an den Wahlen für Reichs- und Landtag mit einer gewissen Berechtigung eingewendet werden konnte, daß auf diese Weise die politischen und wirtschaftlichen Ziele der Sozialdemokratie wie der Gewerkschaften doch nie verwirklicht werden können, so hat dieser Einwand nunmehr jede Berechtigung verloren. Im demokratischen Volksstaat mit seinem freien demokratischen Wahlrecht ist diese Möglichkeit gegeben. Das arbeitende Volk braucht nur zu wollen. Bringt es diesen Willen einmütig bei der Wahl zum Ausdruck, so muß ihm auch die zur Durchführung seines Willens erforderliche Macht zufallen.

Die Massen der Hand- und Kopfarbeiter, einschließlich der übrigen proletarischen Schichten, umfassen rund 85 % der Gesamtbevölkerung, zugleich der Wählerschaft. Treten sie einig und geschlossen auf, so kann ihnen nichts widerstehen. Daß dieser Sieg nicht mit einem Schläge zu erreichen ist, die herrschenden Klassen sich mit ihm nicht ohne weiteres abfinden würden, darf als selbstverständlich gelten. Noch nie aber ist die klassenbewußte organisierte Arbeiterschaft bei der Verfolgung ihrer Ziele vor Widerständen zurückgeschreckt. Diese waren für sie immer nur da, um überwunden zu werden. Die Mittel hierzu sind die alten: Agitation, Aufklärung! Auf anderem Wege sind die Ziele der Arbeiterschaft nicht zu erreichen. Unablässige Aufklärung der noch indifferenten Schichten über die politischen und wirtschaftlichen Anforderungen der Zeit, die Notwendigkeit einer Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, ihrer Befreiung aus der kapitalistischen Abhängigkeit, der Erweiterung ihrer Rechte, des Anspruches auf Sicherung der Existenz, einer gerechten Verteilung der Lasten im Staate, entsprechend den Einkommensverhältnissen und schließlich der Umwandlung der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung in die sozialistische, das ist vor allem das Mittel, das die Arbeiterschaft zur Einigung und Geschlossenheit bringen kann.

Die Zersplitterung der Kräfte in unzählige Parteilgruppen und -gruppchen, die bei den letzten Wahlen ein so düster stimmendes Bild von der politischen Zerrissenheit des deutschen Volkes bot, zugleich aber auch seine politische und wirtschaftliche Verstandnislosigkeit bloßstellte, müssen die Arbeiter den bürgerlichen Kreisen überlassen. Für sie steht bei den Wahlen zum neuen Reichstag zu viel auf dem Spiel, als daß sie diesem Beispiel folgen dürften. Dem neuen Reichstag ist die Aufgabe gestellt, eine Reihe der wichtigsten Fragen zu lösen. Im Vordergrund steht die Schutzollvorlage, deren Wirkungen die Arbeiter bereits in der Verteuerung der Lebensmittelpreise zu spüren bekommen. Weiter kommen in Betracht: der Achtstundentag, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens, die endliche Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts, Reform der Arbeiterversicherung, Erwerbslosenfürsorge usw. Von einem reaktionären Reichstag ist in dieser Richtung nichts zu erwarten. Anstatt Arbeiterschutz bietet er Arbeitertrug! Außerdem würde er eine Gefährdung der politischen Rechte der Arbeiter bedeuten. Das Beispiel in Bayern, wo auf bauernbündlerischen Antrag der Verfassungsausschuß gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums eine Heraussetzung des Wahlalters von 20 auf 25 Jahre beschloß, verheißt der Arbeiterschaft nichts Gutes. Die Arbeiter haben hiernach alle Ursache, die Wahl eines Reichstages zu verhindern, der die Vereinigung der reaktionären Parteien zu einem Bürgerblock gestattet. Die Bildung eines Bürgerblocks wäre der Sieg der Reaktion. Ihm würde mit Sicherheit eine Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage folgen, worunter am meisten die Arbeiter zu leiden hätten. Das eigene Interesse gebietet so den Arbeitern, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und es so anzuwenden, daß ein Sieg der Reaktion nicht in Frage kommen kann.

Agitation und Organisation.

Agitation ist der Lebensnerv einer Organisation. Agitieren bedeutet bewegen, aufregen, aufrütteln, die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Klassenlage bringen, damit sie begreifen lernen, daß die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage notwendig ist und daß diese Verbesse-

rung nur mit der Organisation und durch die Organisation geschehen kann. Unser Verband hat auf dem Gebiete der Agitation schon ein gewaltiges Stück Arbeit geleistet. Die Agitation hat ihn groß und stark gemacht. Unser Verband besteht jetzt 41 Jahre. Er hat sich aus den kleinsten Anfängen heraus bis zu seinem heutigen Stand entwickelt. Am Schlusse des Jahres 1923 betrug die Mitgliederzahl 93 836 in 1017 Zahlstellen. Das zweite Quartal 1924 schloß mit einem Bestand von 1007 Zahlstellen und 87 771 Mitgliedern ab. Das ist ein Verlust im ersten Halbjahr 1924 von 10 Zahlstellen und 5665 Mitgliedern, gleich 5,96 %. Dieser Mitgliederverlust ist sehr zu beklagen. Als Trost bleibt nur die Tatsache bestehen, daß die Zahl der Zahlstellen sich nicht wesentlich vermindert hat und daß gegenüber der Zeit vor dem Kriege (erstes Halbjahr 1914), wo unser Verband in 819 Zahlstellen 62 673 Mitglieder zählte, noch ein Mehr von 188 Zahlstellen und 25 098 Mitgliedern zu verzeichnen ist.

Die Gründe dieses Mitgliederrückganges liegen teils außerhalb, teils innerhalb unserer Bewegung. Soweit äußere Gründe in Frage kommen, ist besonders hervorzuheben die allgemeine Wirtschaftskrise, von der das ganze Erwerbsleben in Deutschland erfaßt worden ist. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Jahre 1924 viel ungünstiger gestaltet als in den Jahren vorher. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich betrug am 1. Oktober dieses Jahres 519 000. Gegenüber der Ziffer vom 15. September beträgt der Rückgang rund 9 %. Hieran knüpfte der Berliner Börsenbericht vom 15. Oktober dieses Jahres die Bemerkung, daß man die Lage auf dem Arbeitsmarkt mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Mit großer Befriedigung wird die Tatsache konstatiert, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland allenthalben zurückgeht, nachdem bereits eine erhebliche Verringerung der Kurzarbeit stattgefunden hat. Diese günstigen wirtschaftlichen Symptome regen naturgemäß auch die Unternehmungskraft der Börse etwas an, zumal gleichzeitig die Geldmarktlage sich zusehends verbessert.“ Ob das zutreffend ist, wird sich in nächster Zeit ja zeigen müssen. Das Baugewerbe hat seit September 1923 eine Krise durchgemacht wie nie zuvor. Durch den Zusammenbruch der Währung und der der Stabilisierung folgenden Kreditnot wurden viele Bauten stillgelegt. Dazu kam der lange und strenge Winter. Nach den statistischen Feststellungen unseres Zentralverbandes betrug die Zahl der Arbeitslosen im September vorigen Jahres 12 %, sie stieg bis Januar 1924 auf über 60 %, fiel dann bis März auf 37, bis Mai auf 6 und bis Juni auf 5 %, um im September dieses Jahres wieder auf 7 % anzusteigen. Gegenüber Mai und Juni hat sich die Arbeitslosigkeit also wieder merklich verschlechtert. Es fehlt an Baugelbtern und Hypotheken. Gegenwärtig feiern mehr als 7000 unserer Verbandskameraden wegen Mangels an Arbeit. Dabei fehlen über 1 1/2 Millionen Wohnungen im Reich. Allein in Berlin sind über 220 000 wohnungsuchende Familien in den Listen eingetragen. Angesichts dieser Verhältnisse ist es naturgemäß viel schwerer, Mitglieder für den Verband zu werben, als in Zeiten flotter Geschäftskonjunktur. Trotzdem darf die Agitation nicht ruhen. Im Gegenteil, in solchen Zeiten muß sie in noch viel stärkerem Maße und mit noch viel größerer Energie von unsern Kameraden betrieben werden. Die Unternehmer sind heute fast reiflos organisiert. Ihre Organisationen stehen in schärfster Kampfstellung. Daraus müssen wir unsere Schlüsse ziehen. Siegen im Kampfe wird stets die beste Organisation.

Was uns zurzeit fehlt, ist größere Lebendigkeit in den Zahlstellen. Insbesondere muß die Kleinarbeit mehr gefördert werden. Auf ihr beruht die Stärke unserer ganzen Bewegung; sie ist die Vorstufe aller Erfolge. An dieser Kleinarbeit muß sich jeder beteiligen. Das Leben der Organisation spielt sich zur Hauptsache in den Versammlungen ab. Hier kann auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit am besten gepflegt werden. Wer keine Versammlungen besucht, tritt auch auf der Arbeitsstelle nicht für Abschaffung von Mißständen ein. Genug, das Versammlungsleben, überhaupt die ganze gewerkschaftliche Tätigkeit, ist in einer Reihe von Zahlstellen ins Stocken geraten. Ein Teil Kameraden hat andere Interessen, die Sportvereine zum Beispiel gehen vielen über alles. Andere arbeiten auf eigene Faust und hoffen, bald Unternehmer zu werden. Wieder andere vertreten die Meinung, daß, wenn der Verband nicht ohne Unterbrechungen Lohn-erhöhungen herausholt, er für sie keinen Zweck mehr habe. Noch andere sind durch die bezirklichen Lohnregelungen eingeschläfert und glauben es deshalb nicht mehr nötig zu haben, örtlich für den Verband etwas zu tun. Das sind sehr schlimme Fehler. Gute örtliche Organisationen sind die beste Vorarbeit für die Erreichung bezirklicher Erfolge. Das haben wir bei allen Verhandlungen bezirklicher Art zur Gange feststellen können. Jeder aufgeklärte Kamerad dürfte darüber auch nicht im Zweifel sein.

In organisatorischer Hinsicht dürfte unsern Kameraden am nächsten stehen die Beschaffenheit unseres Verbandes. Zunächst: Was ist und was will unser Verband? Er ist eine dauernde Verbindung von Zimmerleuten. Er will die Hebung und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Berufsangehörigen und die Förderung ihrer kulturellen Interessen. Dieses Ziel soll erreicht werden: durch Aufklärung und Bildung der Mitglieder sowie durch Heranziehung der Indifferenten; durch Erhöhung des Lohnes und durch Verkürzung der Arbeitszeit; durch Beseitigung der Überstunden und durch höhere Bezahlung derselben, soweit sie unumgänglich notwendig sind; durch Herbeiführung geregelter Verhältnisse im Betrieb und durch Veranstaltung statistischer Erhebungen über die Lage der Berufsangehörigen.

Zur Förderung dieser Hauptaufgaben gewährt unser Verband: Rechtschutz, Streit- und Maßregelungsunterstützung, Arbeitslosen-, Kranken-, Sterbe- und Reiseunterstützung, Familienunterstützung Inhabteter und Entschädigung für verbranntes Handwerkszeug. (Die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung tritt am 1. Juli 1925 wieder in Kraft.) Die sozialen Unterstützungsanstaltungen des Verbandes sind nur von sekundärer Bedeutung. Sie sollen die Widerstandskraft und die Unabhängigkeit der Mitglieder steigern, damit der Verband seine Hauptaufgaben besser und erfolgreicher durchführen kann. — Unser Verband ist parteipolitisch sowie in religiöser Hinsicht neutral. Mitglied kann jeder werden, der den Zimmererberuf ausübt. Auch die Lehrlinge müssen sich dem Verbande anschließen. Der Artikel 159 der deutschen Reichsverfassung gibt ihnen hierzu das gesetzliche Recht. Alle Abreden und Maßnahmen, die die Vereinigungsfreiheit der Lehrlinge einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtsunwirksam. Das Eintrittsgeld beträgt einen Wochenbeitrag. Mitglieder, die wegen Schulden gestrichen oder aus dem Verbande ausgeschlossen wurden, haben bei ihrer Wiederaufnahme ein Eintrittsgeld von 3 Wochenbeiträgen zu entrichten.

Die Finanzlage des Verbandes geht allmählich wieder einer Gesundung entgegen. Sie war völlig erschüttert. Die vielen Kämpfe um Lohn und Arbeitszeit verhin derten eine reichere Wiederaufbesserung der Finanzen. Allein im ersten Halbjahr 1924 mußten aus der Hauptkasse, trotz der sehr minimalen Unterstützung, über 400 000 M für Streiks und Aussperrungen ausgegeben werden. Infolgedessen sowie mit Rücksicht darauf, daß wegen des vertragslosen Zustandes im Baugewerbe unser Verband auch in Zukunft auf Kampfpauzen kaum zu rechnen hat, war es notwendig, daß der Verbandstag in Eisenach Ende Mai 1924 die Regelung der Beiträge auf eine andere Grundlage stellte. Vollig einmütig hat der Verbandstag den Beschluß gefaßt, vom 15. Juni dieses Jahres an den Zentralkassenbeitrag auf einen Stundenlohn zu normieren, wozu ein stufenmäßig festgesetzter Lokalkassenbeitrag hinzukommt. Die anfänglichen Schwierigkeiten, die sich aus dieser Regelung in einigen Zahlstellen bemerkbar gemacht haben, dürften als überwunden gelten. Die Mitglieder des Verbandes sind davon überzeugt, daß die Stärkung der Kampfraft des Verbandes notwendig ist und die Beiträge im Interesse der Gesamtbewegung in der beschlossenen Form geleistet werden müssen. Arbeitslose und kranke Mitglieder sind während der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit oder Krankheit, wenn sie länger als 3 Tage dauern, vom Beitrage befreit; sie lieben Freimariken. Aufgabe aller Zahlstellen ist es, die Beitragskassierung in geordnete Bahnen zu lenken, das heißt Mittel und Wege zu schaffen, um die Beiträge möglichst allwöchentlich zu erheben. Auch die Anfertigung und Einsendung der Quartalsabrechnungen muß stets zur richtigen Zeit erfolgen, und die Angaben über den Mitgliederbestand und die Mitgliederbewegung dürfen auf der Abrechnung nicht unterlassen werden. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß auf jeder Arbeitsstelle zwecks Wahrnehmung der Arbeiterinteressen eine Betriebsvertretung beziehungsweise Delegierte gewählt werden. Auch die statistischen Feststellungsarten über den Mitgliederbestand und die Arbeitslosigkeit müssen, wenn sie für den Verband von Nutzen sein sollen, stets an dem betreffenden Stichtag ausgefüllt und eingesandt werden. Ganz besondere Beachtung verdient ferner die statistische Bestimmung, daß kein Mitglied länger als 6 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande bleiben darf und jedes Mitglied einen Anspruch darauf hat, allwöchentlich sein Verbandsorgan, den „Zimmerer“, zu empfangen.

Zusammenfassend sei bemerkt: Die Lage, vor der wir stehen, ist äußerst schwierig. Wirtschaftlich wie politisch bereiten sich große Geschehnisse vor. Der deutsche Reichsrat hat die Zollvorlage angenommen. Neue Industrie- und Schutzzölle sollen folgen. Die sozialen Vorschriften, die zum Schutze der Arbeiter erlassen worden sind, sollen abgebaut und dem Profitinteresse der Unternehmer geopfert werden. Das ist die einseitliche Politik der Besitzenden, und das Kernstück dieser Politik ist die Beseitigung des Achtstundentages. Also längere Arbeitszeit und weniger Lohn! Die Unternehmer rüsten auf der ganzen Front. Ihr Ziel ist die uneingeschränkte Herrschaft in den Betrieben zu dem Zweck, den Arbeitern die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu diktieren. Angesichts dieser Tatsachen gilt es, überall unsere Kameraden darauf aufmerksam zu machen, welche Folgen eintreten, wenn die Arbeiterverbände nicht gestärkt und kampftätig gemacht werden. Die Zeit der großen Worte ist vorbei. Jetzt muß die jähre, mühsame Agitations- und Organisationsarbeit beginnen. Keiner darf Ernte erwarten, wo er nicht gesät hat. Die Organisation ist das Fundament, auf dem allein die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter zur Durchföhrung gebracht werden können. Je breiter dieses Fundament angelegt ist und je stärker es befestigt wird, desto größer ist die Gewähr für ein erfolgreiches Wirken. Voraussetzung für den organisatorischen Zusammenschluß ist und bleibt die Bekundung der Solidarität: Einer für alle, alle für einen! Durch Schellen und Schimpfen ist die Bewegung nicht vorwärts zu bringen, sondern nur durch unermüdete Werberarbeit im Sinne der Organisation und eingedenk des Satzes: Wenn eine Bewegung ihre Ziele verwirklichen will, dann muß sie aus sich heraus die Kraft aufbringen, die notwendig ist, um allen Faktoren die Spitze zu bieten, die sich ihr entgegenstellen. Wenn alle

Kameraden in diesem Sinne ihre Tätigkeit auffassen und gemeinsam an der weiteren Erstarkung des Verbandes eifrig mitarbeiten, dann werden wir uns auch den wirtschaftlichen Kampf erleichtern und die Interessen unserer Kameraden und deren Familien auch in der Zukunft mit Erfolg vertreten können. W. Witt, Berlin.

Unsere statistischen Feststellungen vom 25. Oktober 1924.

832 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 78 810 nachgewiesen, darunter 6644 Lehrlinge. Arbeitslos waren 4472 oder 5,67 % und krank 1076 oder 1,38 %. Wie es in den einzelnen Provinzen und Freistaaten sieht, zeigt folgende Tabelle:

Provinzen und Staaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 5) sind		
	Zahlstellen	Mitglieder	Lehrlinge	arbeitslos	krank
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	48	3050	341	585	46
Brandenburg	107	9174	625	338	135
Pommern	55	2994	247	155	43
Grenzmark	8	388	76	28	7
Schlesien	78	7504	991	403	77
Sachsen	67	4913	371	224	67
Schleswig-Holstein	34	2352	187	156	44
Hannover	61	3663	179	122	52
Westfalen	29	1910	122	123	33
Hessen-Nassau	14	1934	70	67	5
Rheinland	23	3476	164	237	52
Hohenzollern	—	—	—	—	—
Preußen	524	41358	3373	2438	561
Bayern	70	5947	418	356	116
(Rheinpfalz)	2	28	1	1	—
Sachsen	62	14245	1479	568	138
Württemberg	19	1443	75	91	37
Baden	11	1647	91	42	28
Thüringen	46	3559	320	289	49
Hessen	6	608	45	46	13
Mecklenburg-Schwerin	46	1643	233	92	37
Mecklenburg-Strelitz	9	285	54	18	4
Oldenburg	7	472	47	19	9
Braunschweig	9	647	42	29	5
Anhalt	10	521	48	40	11
Schaumburg-Lippe	2	103	11	2	1
Lippe-Deimold	3	69	2	—	1
Waldeck	1	13	—	3	—
Lübeck	1	502	26	—	—
Bremen	1	1006	32	46	15
Hamburg	2	3801	308	361	42
Deutsches Reich	831	77897	6605	4441	1067
Danzig	1	913	39	31	9
Insgesamt	832	78810	6644	4472	1076

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 27. September hat sich die Arbeitslosenziffer von 6,72 auf 5,67 % verringert, die Krankenziffer von 1,28 auf 1,38 % erhöht. 152 Zahlstellen haben nicht berichtet.

Das Ergebnis für den 27. September stellt sich, nachdem noch 91 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 868 Zahlstellen mit zusammen 82 279 Mitgliedern, darunter 7141 Lehrlinge, waren 5645 Mitglieder arbeitslos und 1088 krank. Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 29. November.

Leichte Besserung der Wirtschaftslage.

Die Lage des Arbeitsmarktes zeigt in der letzten Zeit eine merkliche Besserung des Beschäftigungsgrades. Die Wirkungen des Londoner Abkommens machen sich, wenn auch sehr langsam, geltend. Die verschiedensten Berichte über die Lage des Arbeitsmarktes, insbesondere der ausführliche Bericht im „Reichsarbeitsblatt“, der sich auf die Angaben der Krankenkassen, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterstatistik erstreckt, spiegeln die verbesserte Lage wider. In bezug auf die Arbeitslosigkeit war die Abnahme laut den bisher veröffentlichten Angaben weniger auffallend als bei der Kurzarbeit. So sank nach dem Bericht des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Zahl der Kurzarbeiter von 52 % im August auf 33 % im September, und auch seither wurde eine Belebung dieser Industrie gemeldet. In der Holz- und Bekleidungsindustrie ist ohne Zweifel eine Besserung zu verzeichnen. Freilich liegen noch große Industriezweige danieder. Im Ruhrgebiet erfolgten neue Betriebsstillegungen. Auch erstreckt sich der Aufschwung in der Textil- und Schuhindustrie zumeist auf die ganz billigen Massenprodukte; die allgemeine Kaufkraft reicht nicht zur Beschaffung besserer Waren. Die Frage, ob die leichte Besserung nachhaltig sein wird, kann schwer beantwortet werden. Die Lohnlage ist immer noch sehr gedrückt und hat bereits eine Anzahl von Lohnkämpfen ausgelöst, denen sicherlich andere folgen werden. Die Kaufkraft des Inlandes ist demzufolge weiter sehr niedrig. Die Ausfuhr ist im September gegenüber dem August zurückgegangen. Wegen der hohen Preislage kann die Ausfuhr nicht oder nur zu Verlustpreisen vor sich gehen, zumal die ausländische Konkurrenz die Preise für schwerindustrielle Produkte wiederholt herabgesetzt hatte. Die Handelsbilanz war im September nach zweimonatiger Aktivität wieder passiv geworden, und zwar nicht nur wegen des Rückganges der Ausfuhr, sondern wegen der erheblichen Steigerung der Einfuhr. Insofern diese Steigerung auf Rohstoffe entfällt, wird dies der Produktion der nächsten Monate zugute kommen. Es wurden aber in steigenden Mengen auch Fertigfabrikate und Lebensmittel eingeführt. Die während des Sommers erlaubte Getreideausfuhr hat große Mengen Getreide dem Inland entzogen, die jetzt zu höheren Preisen vom Ausland zurückgekauft werden müssen. Die Preislage bleibt andauernd hoch. Die Maßnahmen zur Preislenkung blieben bisher teils wirkungslos, teils unausgeführt. Die erheblichen Ueberschüsse der Staatseinnahmen erlauben die Herabsetzung einiger drückender

Steuern. Die Umsatzsteuer soll um noch ½ % auf 1½ % herabgesetzt werden. Zu einer energischen Steuerreform wird es aber vorerst nicht kommen. Die Lehranstalten zeigen inmitten der Wirtschaftskrise steigende Einnahmen. So meldete die Post seit April einen Ueberschuß von 50 Millionen Goldmark. Hier wäre Raum für weitergehende Tarifiermäßigung.

In bezug auf die Betriebsmittelknappheit wurde die Lage leichter, wenn auch noch zahllose Unternehmen und ganze Industriezweige über Geldnot zu klagen haben. Gleichzeitig mit der 800-Millionen-Anleihe und nachher sind beträchtliche amerikanische Kredite der deutschen Privatwirtschaft zur Verfügung gestellt worden. Allem Anschein nach wird sich das amerikanische Kapital, allerdings zu hohen Zinssätzen, in beträchtlichem Maße an der deutschen Wirtschaft beteiligen. Sehr beachtenswert ist die Warnung des Bankpräsidenten Schacht vor übereilter Kreditaufnahme, die letzten Endes zu Steigerung des Preisniveaus und neuer Inflation führen kann. Die Kommenen sollen ausländische Anleihen für nicht werbende Zwecke, die aus Steuereingängen zu decken sind, nicht aufnehmen. Soll diese Warnung auch eine Absage an Anleihen für Wohnbaugzwecke bedeuten, die die Wohnungsnot lindern und einen großen Teil der Industrie beleben könnten?

Die unbedingte Notwendigkeit der Ausfuhrsteigerung trat in der laufenden Periode deutlich hervor. Dies hängt sowohl von der Preislage wie von der zu befolgenden Handelspolitik ab. Die Schwerindustrie macht unter dem Schlagwort „Schutz der nationalen Arbeit“ Propaganda für Hochschutzzölle. Die Stimme der Fertigungsindustrie, die sich gegen die hohen Industriezölle wendet, läßt sich dabei viel schwächer vernehmen. Sie bekämpft die hohen Schutzzölle nicht genug, in der Hoffnung, daß diese auf dem Verhandlungswege mit den einzelnen Ländern stark herabgesetzt werden und daher vorläufig nur als Kampfmittel betrachtet werden können. Man kann sich dabei arg täuschen; das mächtige schwerindustrielle Kapital wird auf dem Verbleiben hoher Schutzzölle bestehen. Infolge der Auflösung des Reichstages konnte der deutsch-spanische Handelsvertrag nicht ratifiziert werden. Vor den Wahlen entfaltet der Weinbau eine energische Agitation gegen das Abkommen, das, um die deutsche Ausfuhr nach Spanien zu ermöglichen, spanische Weine zu ziemlich niedrigen Zollsätzen nach Deutschland hineinläßt. Der erste Teil der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wurde mit Erfolg beendet. Deutschland wird Frankreich Meistbegünstigung gewähren. Frankreich, das aus gesetzlichen Gründen nicht das selbe tun kann, wird für die wichtigen Ausfuhrposten Deutschlands die niedrigsten Sätze (Minimaltarif) in Anwendung bringen. Wie dies in Wirklichkeit ausfallen wird, beziehungsweise wie hoch die gegenseitigen Zölle sein werden, wird sich erst später entscheiden. Die Frage des elsass-lothringischen, bisher zollfreien Einfuhrkontingents und die des Wirtschaftsverkehrs mit dem Saargebiet, das Anfang nächsten Jahres dem französischen Wirtschaftsgebiet einverleibt werden soll, harren dringend einer Lösung.

Die Neuorganisation der Industrie wies eine Anzahl für die Zukunft wichtiger Erscheinungen auf. Die Zusammenlegung der Aktien, beziehungsweise die Herstellung der Goldbilanzen erfolgte bisher noch bei weitem nicht in allen Aktiengesellschaften. Die bisherigen Zusammenlegungen erfolgten fast immer auf Grund einer zu niedrigen Bewertung des Sachkapitals. Das neue Goldkapital wurde überall geringer angesehen als es dem Goldwert des Unternehmens entsprochen hätte. Hand in Hand mit dieser Umstellung geht die weitere Entseignung der kleinen Aktionäre. Die übermäßigen Vorrechte der Großaktionäre wurden bei der Umstellung auf Goldbasis beibehalten. Der Konzentration prozeß dauert weiter an; von der jüngsten Entwicklung möchten wir die Angliederung von Privatversicherungsanstalten an Großkonzerne (Michael, Barmat) hervorheben. In bezug auf die Organisation der Schwerindustrie erfolgten weitere Ereignisse von Bedeutung. Das Kohlenyndikat wurde erneuert. Ein Teil der Mitglieder (Thyssen, Rhein Stahl) wurde durch weitgehende Zugeständnisse zum Anschluß bewogen, die sich auf die weitgehende Auslegung der Selbstverbraucherrechte und der Benutzung eigener Handelsorganisationen unter Ausschaltung des Verkaufsbureaus des Syndikats erstreckten. Ungefähr 10 % der Bechen wurden durch eine Verordnung zwangsweise dem Kohlenyndikat angegliedert. Diese erheben jetzt gegen die Ungeklärtheit der einzelnen Mitgliedern gewährten Vorrechte Einspruch. In der Stahlindustrie sind Vorbereitungen zur Schaffung eines Rohstahlverbandes im Gange, der die Mengen der von den einzelnen Kartellmitgliedern zu erzeugenden Stahlmengen bestimmen soll. Die Konzerne von Thyssen, Rhein Stahl, Alsdorfer und Gutehoffnungshütte sind für die Schaffung des Stahl Syndikats. Ein Preis- und Verkaufskartell wird nicht ins Auge gefaßt, da die Konzerne ihre Verkaufszorganisationen bereits ausgebaut haben. Dennoch dürfte das Kartell durch die Begrenzung und Verteilung der Produktion unter den Mitgliedern eine einschneidende Bedeutung haben.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Freimariken für Kurzarbeiter.

Der letzte Verbandstag in Eisenach hat den Zentralvorstand beauftragt, Anweisungen zu erteilen, in welchen Fällen Kurzarbeiter vom Beitrage befreit sind. In der Durchführung des Beschlusses ist wie folgt zu verfahren:

Mitglieder, die 4 Tage oder länger in einer Woche arbeiten, sind nicht vom Beitrage befreit. Sie müssen den vollen Beitrag zahlen. Mitglieder, die regelmäßig nur 3 Tage und weniger wöchentlich arbeiten, sind als Kurzarbeiter jede zweite Woche vom Beitrage befreit, während sie in der anderen Woche den vollen Beitrag zahlen müssen.

Der Zentralvorstand.

Kassengeschäftliches.

Die nachfolgenden Zahlstellen haben für das 3. Quartal eine Abrechnung noch nicht eingeleistet. Aus den mit einem Stern (*) gekennzeichneten Zahlstellen liegt zwar der Kassenschluß vor, sie haben aber unterlassen, Angaben über den Mitgliederstand und die Mitgliederbewegung zu machen.

Gau Ost- und Westpreußen: Allenburg, Bischofsburg, Christburg, Gerdauen, Gerswalde, Johannisburg, Königsberg, Malbuden, Ortelburg, Pilskalen, Stallupönen und Stuhm.

Gau Schlesien: Beuthen, Bolkow, Carolath, Falkenberg, Eßven, Meise, Neudorf und Waldenburg.

Gau Pommern: Bernitz, *Daber, Fiddichow, Greifswald, Grimmen, Körlin, Marienfließ, Naugard, Neustettin, Rothemühl, Rügenwalde und Wolgast.

Gau Brandenburg: Brück, Gransow, Joachimsthal, Liebenwalde, Bindow, Lübbenau, Müncheberg und Züllichau.

Gau Niederschlesien und Ostfriesland: Liebenwerda, Müdenberg, Mühlberg, Niesky, Weißwasser und Penzig.

Gau Provinz Sachsen, Anhalt: Auerstedt, *Bernburg, Croppenstedt, Derenburg, Gisleben, Lützen, Prenzsch, Schmiedeberg, Schönebeck, Seehausen (Kr. Wanzleben), Stendal, Wegeleben, Wernigerode, Zabna und Ziesar.

Gau Freistaat Sachsen und Regierungsbezirk Merseburg: Bad Kösen, Brandis, Droyßig, Eifterberg, Rochitz und Roschwitz.

Gau Schleswig-Holstein und Oldenburg: Aurich, Bledede, Brake, Brunsbüttel, Dahlenburg, Drochtersen, Feide, Helgoland, Hörnerkirchen und Quatenbrück.

Gau Hannover: Einbeck, Gishorn, Gronau, Hameln, Herzberg, *Hannover, Schlade, Bienenburg und Wittingen.

Gau Thüringen: Bad Blankenburg, Buttstädt, Cravinkel, Gehren, Jümenau, Kelsbra, Königsee, Meuselbach, Salungen, Schleusingen, Schwarzbürg, Stützerbach, Themar, Tiefenort, Wacha, Wallendorf und Waltershausen.

Gau Nordbayern: Straubing und Wunsiedel.

Gau Südbayern: Altmannsdorf, Burghausen, Dießen, Mainburg und Memmingen.

Gau Hessen-Nassau: Cassel, Deckenbach, Frieda, Gießen, Glauberg, Hann.-Münden, Hattenbach, Herfeld, Kauterbach, Löhbach, Lollar, Marburg, Roth, Rotenburg, Wittingen, Weilburg, Wetter, Wehlar, Wiesbaden und Wolfshausen.

Gau Württemberg: Ebingen, Eplingen, Geislingen, Hall, Heidenheim, Kirchheim u. Teck, Künzelsau, Nagold, Nürtingen, Oehringen, Reutlingen, Rottweil, Sigmaringen, Stuttgart, Ulm, Ulm und Ulm.

Gau Rheinland-Westfalen: Beckum, Borg- horst, Duisburg, Düsseldorf, Summersbach, Vengerich, Nordhorn, Rheine und Siegen.

Gau Baden: Baden-Baden, Erbesbach, Freiburg, Gudenau, Lössach, Offenburg, Pirmasens, Speyer und Walsbühl.

Gau Oberschlesien: Cosel, Gleiwitz, Groß-Strelitz, Konstadt und Rosenburg.

Die Zahlstellenverordnungen sowie die Gauleiter werden dringend ersucht, für die umgehende Einsendung Sorge zu tragen.
Adolf Römer, Kassierer.

Bekanntmachungen der Gauverordnungen.

Gau 18 (Baden und Rheinpfalz.)

Am 19. Oktober fand in Karlsruhe eine Gaukonferenz der Zahlstellen des Gaues 18 statt. Vertreten waren alle Zahlstellen, bis auf Freiburg, Gundersweiler, Pirmasens und Schoppheim, der gesamte Gauvorstand und Kamerad Schumann, Hamburg, als Vertreter des Zentralvorstandes. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäftliches; 2. Lohnbewegung; 3. Neubestimmung der Gauleiterstelle; 4. Agitation; 5. Verschiedenes. Kamerad Engler, Mannheim, eröffnete die Konferenz mit einem Nachruf für den verstorbenen Gauleiter, Kamerad Schilling. Ueber die Lohnbewegungen referierte Kamerad Schwemninger. Ausgehend von den Verhältnissen vor dem Kriege, schilderte Redner die Aussperrung 1910. Der Versuch der Unternehmer, die hausgewerblichen Arbeiterorganisationen zu zerstückeln und den Bauarbeitern einen Reichstarifvertrag nach den Wünschen der Unternehmer aufzuzwingen, sei total gescheitert. Die Bewegung habe mit Abschluß eines Reichstarifvertrages für das Hausgewerbe geendet. Redner erläuterte die weitere Ausgestaltung der Reichstarifverträge. Nach dem Kriege sei es gelungen, die bisherige starre Festsetzung der Löhne für die gesamte Vertragsdauer durch eine bewegliche Regelung nach den jeweilig veränderten Verhältnissen durchzusetzen. In dem Reichstarifvertrag 1922/24 seien wieder neben bezirklichen örtliche Lohn- und Arbeitstarife vorgesehen. Es habe sich gezeigt, daß in der Mehrheit bezirkliche Abmachungen getroffen seien. Schwemninger erörterte weiter die Voraussetzungen für ein erspriessliches Zusammenarbeiten im Verbands, die in der dringenden Mahnung ausfließen, dafür zu sorgen, daß alle Fernstehenden dem Verbands beizutreten und alle Mitglieder zur eifrigen Mitarbeit im Verbands angehalten werden. Die Aussprache über das Referat war sehr rege und im allgemeinen zustimmend.

Das Referat zu Punkt 3 erstattete Kamerad Kempf, Mannheim. Ueber die durch den Tod des Kameraden Schilling aufgeworfene Frage der Neubestimmung der Gauleiterstelle seien Differenzen mit dem Zentralvorstand entstanden. In einer am 12. Juli stattgefundenen Zahlstellenvertreterversammlung sei der Meinung Ausdruck verliehen worden, den Gau im bisherigen Umfang bestehen zu lassen. Kamerad Gele habe als Vertreter des Zentralvorstandes unter starkem Widerspruch der Teilnehmer eine Zusammenlegung der Gaue 16 und 18 begründet. Als Ergebnis der Verhandlungen sei festgestellt worden: Zur Regelung der Gaufrage soll eine Gaukonferenz einberufen werden. Kamerad Schwemninger erledigt bis dahin die Geschäfte der Gauleitung für den Gau 18. Es habe in dieser Frage ein reger Schriftwechsel stattgefunden, der indes weder zur Klärung noch zur Erledigung geführt habe. Der Zentralvorstand habe vor seiner endgültigen Entscheidung ein Gutachten Schwemningers über die Möglichkeit der Bearbeitung beider Gaue verlangt. Als aber das äußerst vorsichtig gehaltene Gutachten Schwemningers vor-

lag, habe sich der Zentralvorstand dahin entschieden, das Probitorium vorläufig weiter bestehen zu lassen. Der Wille der Zahlstellen sei dabei nicht zur Geltung gekommen. Mit diesem Standpunkt konnten sich die Zahlstellen nicht zufrieden geben. Sie hätten mit Einverständnis der Gauleitung die heutige Konferenz einberufen. Kamerad Schumann begründete den Standpunkt des Zentralvorstandes in der Gaufrage. Es handle sich um keine grundsätzliche, sondern um eine reine Zweckmäßigkeitfrage. Nach dem Flächeninhalt wie nach der Zahl der Verbandszahlstellen seien beide Gaue zusammen nicht wesentlich größer, als andere Gaue auch. Schwieriger seien allerdings die Bahnquerverbindungen. Auch die Organisationsverhältnisse lägen in beiden Gaue sehr im argen. Trotzdem könnten beide Gaue ohne Schädigung der Interessen der Mitglieder gemeinsam bearbeitet werden, wenn sich alle Zahlstellenleitungen so in den Verbandsdienst einstellen würden, wie das im Interesse der Organisation erforderlich sei. Die Frage der Zusammenlegung sei nicht neu. Die endgültige Regelung dürfe daher nicht übereilt getroffen, sondern müsse in aller Ruhe überlegt werden. Durch das Probitorium seien die Interessen der Mitglieder keineswegs vernachlässigt worden. Außer der Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen habe sich nicht eine einzige Zahlstelle um beschleunigte Erledigung an den Zentralvorstand gewandt. Die Ursache der Erregung der Zahlstelle Mannheim liege darin, daß Kamerad Schilling aus leicht erklärlichen Gründen eine umfangreiche Tätigkeit in der Zahlstelle ausgeübt habe. Wäre das nicht der Fall gewesen, dann hätte sich die große Zahlstelle mit ihrem weiterverzweigten und hochentwickelten Industriegebiet längst entsprechende Einrichtungen schaffen müssen, um ihre organisatorische Aufgabe erfüllen zu können. Dieser alte Zustand dürfe auf keinen Fall wieder aufleben. Daher sei auch die Frage des eventuellen Sitzes der neuen Gauleitung ungeklärt. Die Konferenz habe jetzt zu der völlig offenen Frage Stellung zu nehmen; ihr Entscheid sei richtunggebend für den Zentralvorstand. In der Aussprache betonten alle Redner die Notwendigkeit der Erhaltung des Gaues 18. Kamerad Detjen, Saarbrücken, befürwortete außerdem die Erweiterung der Gaufrage bis an die Mosel. Einstimmig wurde die Erhaltung des Gaues 18 beschlossen. Ob als Sitz des Gaues Mannheim oder Karlsruhe bestimmt wird, bleibt offen. Das Ergebnis der Abstimmung soll dem Zentralvorstand als Wille der Konferenz und als Richtlinie für die baldige endgültige Regelung der Gaufrage unterbreitet werden.

Zur Agitation wurde ausgesprochen, daß unbedingt der fröhliche Geist unter den Mitgliedern wieder geweckt werden müsse. Jedes einzelne Mitglied müsse seine ganze Kraft einsetzen für den Verband zum Wohle der Allgemeinheit. Nachdem unter Punkt „Verschiedenes“ einige interne Angelegenheiten erledigt waren, schloß Kamerad Engler die anregend verlaufene Konferenz mit der Mahnung an alle Teilnehmer, tüchtig mitzuarbeiten, um wieder vorwärts zu kommen.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Burg b. Magdeburg, Oypeln und Polzin.

Streik in Burg bei Magdeburg. Die neue Klasseneinteilung für die Provinz Sachsen ließ den Ort in der 2. Lohnklasse mit einem Lohn von 66 $\frac{1}{2}$ und vom 1. November 68 $\frac{1}{2}$. Anträge auf Versetzung in die erste Lohnklasse hatten keinen Erfolg. Jetzt wird von unsern Kameraden versucht, den Lohn der 1. Lohnklasse, der vom 1. November 74 $\frac{1}{2}$ beträgt, durch Kampf zu erreichen. Der Kampf steht sehr günstig, die Kämpfenden sind anderweitig untergebracht.

Streik in Polzin. Durch bezirkliche Verhandlungen war der Lohn vom 16. Oktober an auf 60 $\frac{1}{2}$ die Stunde festgesetzt worden. Die Unternehmer weigerten sich ganz entschieden, ihn zu zahlen, trotzdem der Sekretär des Arbeiterverbandes versuchte, die Unternehmer zu bestimmen, ihrer Pflicht nachzukommen. Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen lehnten sie ab. Das Vorgehen der Unternehmer hat dazu geführt, daß jetzt zur Durchsetzung der bezirklichen Vereinbarungen gestreift wird.

Erfolgreiche Beendigung des Streiks in Speyer. Die Arbeit ist unter der Bedingung wieder aufgenommen, daß der jeweilige höhere Lohn gilt, der für Ludwigshafen oder Kaiserslautern vereinbart ist; er beträgt nunmehr 86 $\frac{1}{2}$ die Stunde.

Beendigung des Streiks in Kirchheim i. d. L. Der Ort gehört zum Tarifvertrag der Provinz Brandenburg. Bis jetzt sollte der Zugehörigkeit zur Lohnklasse C entsprechend ein Lohn von 55 $\frac{1}{2}$ die Stunde gezahlt werden. Die Unternehmer haben es aber verstanden, nur einen Lohn von 42 bis 48 $\frac{1}{2}$ die Stunde zu zahlen. Am 10. Oktober wurde zur Durchsetzung des tariflichen Lohnes in den Streik getreten. Leider ist es nicht gelungen, das Ziel zu erreichen. Die Arbeitsaufnahme ist am 24. Oktober bei einem Stundenlohn von 60 $\frac{1}{2}$ erfolgt.

Erfolgreicher Streik in Neustadt in Holstein. Durch eine kurze Arbeitseinstellung ist es gelungen, nicht allein für Neustadt, sondern für das ganze östliche Holstein die Aufhebung der 4. Lohnklasse zu erreichen und die Anerkennung der 3. Lohnklasse durchzusetzen. Es ist also jetzt nicht mehr der Lohn von 59, sondern von 67 $\frac{1}{2}$ die Stunde maßgebend. Mit diesem Erfolg ist, abgesehen von einigen Orten, jetzt die 4. Lohnklasse im Verhandlungsgebiet Norden beinahe beseitigt.

Erfolgreicher Kampf in Rattowitz. Am 18. Oktober wurde die Arbeit eingestellt, weil alle Verhandlungen zwischen den Parteien und auch bei den Schlichtungsstellen keine Einigkeit brachten, da die Unternehmer einen Lohnabbau von 10 $\frac{1}{2}$ forderten. Nach zweitägigem Kampfe wurde durch einen Schiedspruch, dem beide Parteien sich vorher unterworfen hatten, der Streik erfolgreich beendet. Der Lohn betrug vom 15. Oktober an 88 polnische Groschen, er entspricht einem Lohn von 65 bis 68 deutschen Pfennigen.

Neue Lohnfestsetzungen für Mecklenburg. In Verhandlungen am 25. September war durch Schiedspruch festgelegt worden, daß der geltende Lohn bestehen bleiben solle, den Parteien war aber gestattet, bei einer Veränderung des monatlichen Durchschnittsindex von 5 $\frac{1}{2}$ neue Verhandlungen zu beantragen. Währenddessen war es den Orten der ersten Lohnklasse gelungen, den Lohnsatz durch örtliche Verständigung um 5 $\frac{1}{2}$ höher, und zwar auf 78 $\frac{1}{2}$, zu bringen. Weitere bezirkliche Verhandlungen am 30. Oktober brachten durch Schiedspruch die Anerkennung des errungenen Lohnes in der ersten Klasse und in den andern beiden Klassen Löhne von 69 und 61 $\frac{1}{2}$ die Stunde. Sie gelten bis 4. Dezember.

Festsetzung der Löhne für Thüringen. Am 30. Oktober sind durch Schiedspruch, den beide Parteien bereits vor der Fällung anzunehmen erklärten, folgende Löhne bis 31. Dezember 1924 festgelegt worden. Vom 27. Oktober an betragen die Löhne den Lohnklassen entsprechend 78, 70, 66, 59 und 53 $\frac{1}{2}$ die Stunde. Sie steigen am 24. November auf 80, 72, 68, 61 und 55 $\frac{1}{2}$.

Schiedspruch für Mannheim. Durch einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses ist der Lohn vom 1. November an auf 86 $\frac{1}{2}$ die Stunde festgesetzt worden; die Altersklasse, 23 Jahre, kommt in Fortfall.

Schiedspruch für Mittel- und Oberbaden. Nach dem Schiedspruch vom 27. Oktober sollten sich die Löhne vom 23. Oktober an auf 83 $\frac{1}{2}$ die Stunde erhöhen. Die Unternehmer lehnten jedoch den Spruch ab, demzufolge wurde die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches beantragt.

Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches für Bayern. Der im „Zimmerer“ Nr. 45 abgedruckte Schiedspruch für Bayern war von den Unternehmern abgelehnt worden. Er ist auf Antrag der Arbeiter durch das Ministerium für soziale Fürsorge nunmehr für verbindlich erklärt.

Abgelehnte Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches für den Freistaat Braunschweig. Am 15. Oktober wurde für die Orte Braunschweig und Wolfenbüttel ein Schiedspruch gefällt, der für beide Orte eine Lohnerhöhung von 4 $\frac{1}{2}$ vorsah. Der Schiedspruch wurde von beiden Parteien angenommen. Dieser Lohn gilt mit vierzehntägiger Kündigungsfrist vom 16. Oktober bis 19. November. Für die andern Orte des Freistaates Braunschweig war durch besonderen Schiedspruch eine Lohnerhöhung von 3 $\frac{1}{2}$ vorgegeben, dieser wurde jedoch von den Unternehmern abgelehnt. Die von den Arbeitern beantragte Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches wurde vom Schlichter nicht ausgesprochen, und zwar mit der Begründung, daß angesichts der geringen in Frage kommenden Lohnhöhen und der jetzigen Lage des Braunschweigs das öffentliche Interesse nicht so weit berührt werde, daß eine staatliche Zwangsmaßregel gerechtfertigt sei.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bremen. Am 2. November tagte unsere Zahlstellenversammlung; sie war verhältnismäßig gut besucht. Nur die Bremer kommunistischen Delegierten bewiesen wiederum, daß es ihnen auf praktische Mitarbeit in den Gewerkschaften nicht ankommt, sie teilten in einem Briefe mit, daß sie sich an der Versammlung nicht beteiligen wollten, sie verlangten auch von den auswärtigen Delegierten ihrer Richtung Solidarität, was diese jedoch ablehnten. Schon in der letzten Mitgliederversammlung war die Position der Kommunisten ins Wanken geraten, indem sie von 17 Delegierten nur 4 Sitze erhielten. Diese 4 Sitze haben sie zudem einem Antrage unserer Genossen zu verdanken, der das Proportionalwahlverfahren vorsieht, gegen den die Kommunisten noch plädierten; sonst hätten sie überhaupt kein Mandat erhalten. Zum ersten Punkt, Geschäftsbericht, berichtete der Vorsitzende: Die Politik, die von den Unternehmern im Reich befolgt wurde und die zum Scheitern der Tarifverhandlungen führte, hatte umfangreiche Abwehr- und Angriffskämpfe zur Folge. Sie wurden von unsern Zentralverbänden glänzend bestanden und waren von Erfolg für die Bauarbeiter insofern, als neben der Erhaltung des Achtstundentages noch Lohnerhöhungen erreicht wurden. Diefelbe Politik befolgten auch die Unternehmer im Weser-Gunzgebiet, besonders in Bremen, wo es bekanntlich im Mai zu partiellen Streiks und zur Aussperrung kam. Aber auch hier konnte nicht nur der Achtstundentag erhalten, sondern auch noch eine Lohnerhöhung erreicht werden. Auch die letzten Verhandlungen vom 24. Oktober konnten mit einem Erfolg beendet werden, dank unserer gut disziplinierten Organisationen. Auch der Kassensbericht weist einen erfreulichen Aufschwung nach, so daß wir heute bereits wieder über einige tausend Mark in der Lokalkasse verfügen. Die Versammlung stimmte nach eingehender Debatte einem Antrag, den Vorstand zu entlasten, einstimmig zu. Eine rege Debatte rief auch die Regulativberatung hervor. Die wichtigsten angenommenen Anträge sind folgende: 1. Jeder Bezirk bis zu 20 Mitgliedern wählt einen Delegierten und auf je weitere 40 Mitglieder einen Delegierten mehr. 2. Die Wahl der Delegierten erfolgt entweder durch Beruf oder durch Listen. Bei Votumwahl entscheidet das Proporzsystem. Ein Antrag, dem Vorstand auf der Zahlstellenversammlung das Stimmrecht zu entziehen, wurde mit großer Majorität abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, den Gesamtverband in Zukunft durch Urwahl zu wählen. Scheidet ein Vorstandsmitglied im Laufe des Jahres aus, so erfolgt die Ersatzwahl (außer dem ersten Vorsitzenden) durch die Mitgliederversammlung in Bremen, unter nachträglicher Bestätigung der Zahlstellenversammlung. Zu einer Gaukonferenz zum 19. November wurde der Gesamtverband sowie die Bezirksführer der größeren Bezirke delegiert. Eine eingehende Debatte fand über die Beitragsfrage statt. Ihr Ergebnis war ein Antrag, wonach auf den bestehenden statutarischen Beitrag für die Lokalkasse 20 $\frac{1}{2}$ mehr als bisher erhoben werden. Dann mußte die Zahlstellenversammlung noch über einige renitente Kameraden entscheiden, die sich während des letzten Kampfes gegen unsere Beschlüsse und somit gegen unsere Interessen vergangen haben. Es wurde beschlossen, gegen 3 Kameraden den Ausschluß beim Zentralvorstand zu beantragen,

während einige andere mit einer Verwarnung respektive einer Geldbuße bestraft wurden. Die am Schlusse vorgenommene Bücherkontrolle ergab, daß alle Bücher in Ordnung waren. Nicht vertreten waren die Bezirke Horn, Oberneuland, Mahndorf, Lilienthal und Epte. Der Verlauf der Zahlstellenversammlung, wie auch der der letzten Mitgliederversammlung bewies, daß unsere Mitglieder des Phrasendreschens überdrüssig und ernstlich bestrebt sind, praktische Arbeit zu leisten.

Mannheim. Am 26. Oktober fand unsere Zahlstellenversammlung statt. Nach Wahl der Mandatsprüfungskommission gab der Vorsitzende bekannt, daß der Ortsausschuß ein Haus bauen wolle, da sich das Volkshaus als zu klein erweise. Jeder Verbandskamerad sei hiermit aufgefordert, soweit möglich, sich an dem Kauf der noch zur Ausgabe gelangenden Bauscheine recht kräftig zu beteiligen. Ferner empfahl er den Kameraden das Abonnement der „Sozialen Bauwirtschaft“, damit Aufklärung über Zweck und Ziele der Bauarbeitergenossenschaften geschaffen werde. Kamerad Mandel gab den Kassenbericht. Daraus ist zu entnehmen, daß es jetzt wieder, wenn auch langsam, aufwärts geht. Veranlaßt durch Unregelmäßigkeiten einiger Bezirkskassierer, stellte die Verwaltung den Antrag, zwei Kassierer für den Zimmererlohn einzustellen, die das Gebiet zu kassieren hätten unter Wegfall aller gegen Prozentetätigen Unterkassierer. Der Antrag wurde abgelehnt und beschloffen, eine erste Kraft angustellen, die das Zahlstellengebiet organisatorisch und agitatorisch bearbeitet und gleichzeitig auch die Kassierung mit im Auge behält, wo irgendwelche Mißstände zutage treten sollten. Aus dem Halbjahrsbericht der Verwaltung ist hervorzuheben: Bezirksversammlungen fanden 30 statt, 2 Lehrlingstage, 2 Urabstimmungen, 7 Platzversammlungen, 45 Vorstandssitzungen, 2 erweiterte Vorstandssitzungen, 2 Kommissionsitzungen. Zum Verbandstage waren 2 Kameraden delegiert, zur Gaukonferenz 3. In der Lohnbewegung mußten die Verwaltungsmittel der 28 Tage tätig sein. An Streiks waren in der Zahlstelle in der Anilinfabrik 10 Wochen 180 Kameraden, am Metallarbeiterstreik 2 Wochen 65 Kameraden, am Redaktionsstreik 2 Tage 78 Kameraden beteiligt. An Kundenschriften, Laufzetteln und sonstiger Korrespondenz wurden rund 12 000 angefertigt. Aus diesem Zahlenmaterial ist zu ersehen, daß es nicht immer einfach war, alle laufenden Geschäfte leicht und spielend zu erledigen und es ungeheure Zeit und Arbeit beanspruchte, alle Wünsche der Kameraden zu befriedigen. In der Diskussion wurden verschiedene Wünsche zum Ausdruck gebracht, die möglichst verwirklicht werden sollen. Den Bericht von der Gaukonferenz in Karlsruhe erhaltete Kamerad Kempt. (Siehe Bericht unter Bekanntmachungen der Gauvorstände.) Zur Lohn- und Tariffrage äußerte sich Kamerad Engler. Wie allen Kameraden bekannt, seien die Verhandlungen über Abschluß eines Reichstarifvertrages gescheitert; ebenso liege es in bezug auf den Abschluß der Orts- respektive Bezirkstarifverträge. Wir als Zimmerer hätten mit der Aussicht auf eine gute Konjunktur zum Frühjahr keine große Lust, uns eine Fessel anlegen zu lassen, die Zeit spreche für uns. Zur Lohnbewegung sei bemerkt, daß wir an den Schlichtungsausschuß gelangt sind betreffs Regelung der Lohnverhältnisse im Bauberuf; denn die Unternehmer haben auch nicht die geringste Neigung, den allgemein gestiegenen Lebens- und Bedarfskosten Rechnung zu tragen, sie versuchen, die ganzen Lasten auf die Schultern der Arbeiter abzumwälzen, und so bleibe uns vorläufig die geschlechte Intanz zur Erreichung besserer Lohnverhältnisse, solange die Arbeitsgelegenheit keine günstigere sei. Ein Antrag, eine Geldstrafe des Kameraden Stork auf die Lokalkasse zu übernehmen, wurde einstimmig angenommen. In „Verschiedenes“ wurde verlangt, daß künftighin die Versammlungen besser bekanntgegeben würden. Frankenthal wünscht eine schärfer durchgeführte Bücherkontrolle. Von Seiten der Verwaltung wird den Wünschen weitestgehend Rechnung getragen. Derauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell an die Delegierten, nicht nachzulassen in der Arbeit für den Verband.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Ein Zwangstarif im Buchdruckgewerbe. Auf ergebnislos verlaufene Verhandlungen hin fällt die vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichterkammer unter Vorsitz von Dr. Königsberger einen Schiedspruch, der eine zehnprozentige Lohnerhöhung festsetzt. Die Unternehmer erklärten ihre Zustimmung, die Arbeiter lehnten den Spruch ab. Bemühungen der Unternehmer auf Verbindlichkeitsklärung des Spruches hatten keinen Erfolg. Nunmehr wurden in fast allen Druckorten Forderungen gestellt und das Arbeitsverhältnis mit der tariflichen Frist gekündigt. Damit war ein ernstster Konflikt unvermeidlich. Das veranlaßte den Reichsarbeitsminister zum 8. November erneut zu Verhandlungen einzuladen, die unter Vorsitz von Professor Braun stattfanden. Sie endeten mit einem Schiedspruch, der den Spitzenlohn vom 1. November an auf 40 M. erhöht und eine einmalige Sonderzulage von 8 M. für verheiratete Männliche, 6 M. für ledige Männliche und Weibliche vorzieht. Da beide Parteien diesen Spruch ablehnten, erklärte ihn der Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse sofort für verbindlich. Der Schiedspruch hat somit den Charakter eines Zwangstarifes, aus dem die gleichen Verpflichtungen erwachsen wie aus einem vereinbarten Tarifvertrage.

Weder eine gerichtlich erledigte Verleumdung berichtet der „Proletarier“: Am 30. Oktober stand vor dem Amtsgericht Minden i. W. Termin an in der Privatklagesache Brey, Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes, gegen Emil Dyrlich (Berlin-Neutölln). Der Genannte ist Redakteur der Zeitung „Freier Gewerkschaftsbund“, er hat den Klagen der „Niedersächsischen Arbeiter-Zeitung“, Hannover, Glauben geschenkt und an mehreren Orten die Klagen dieser Zeitung seinen gläubigen Zuhörern vorgelesen. So behauptete er, Brey habe 600 000 M. der Doppauer Sammlung unterschlagen und bei der Direktion der Continental Geld geliehen, damit ihm sein Gehalt ausgezahlt werden könne. An die erste Behauptung knüpfte

er die Schlussfolgerung des Betruges. Den Schwindel vom Continental-Darlehen schloß er: Das ist Arbeiterverrat, in Abhängigkeit von der Direktion oder so ähnlich. Für die letztere Behauptung bemühte sich der Beklagte nicht im geringsten um einen Beweis. Das Gericht erkannte den Beklagten schuldig, verurteilte ihn in die Kosten des Verfahrens, in beiden zur Anklage stehenden Fällen zu je 75 M. Geldstrafe und sprach dem Kläger Publikationsbefugnis in der „Weserwarte“, Minden, und im „Vorwärts“, Berlin, zu.

Kapitalistische Widerstände gegen den sozialistischen und gewerkschaftlichen Propagandafilm. Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns hierzu geschrieben: In Nummer 43 der „Gewerkschafts-Zeitung“ ist in einem Artikel bereits darauf hingewiesen worden, daß demnächst ein sozialistisch-gewerkschaftlicher Propagandafilm erscheinen würde. Es wurde auch angedeutet, welche Widerstände bisher der Schaffung eines solchen Films entgegengestanden haben. Nun ist der Film erschienen. Es zeigt sich aber, daß damit noch lange nicht alle Widerstände überwunden sind, sondern jetzt erst recht einsetzen. Zu dem Film selbst ist zu sagen, daß das Problem allgemein gut gelöst wurde. Der Film steht inhaltlich, künstlerisch und technisch auf einer bedeutenden Höhe, eine ganze Reihe von Einzelbildern ist sogar hervorragend schön. Nirgendwo eine aufdringliche Tendenz, alle Bilder wirken durchaus natürlich. So hat denn der Film, „Die Schmiede“ ist sein Titel, bei den bisherigen Aufführungen in Berlin eine zum Teil geradezu enthusiastische Aufnahme bei dem Arbeiterpublikum gefunden. Aber gerade die absolut unaufdringliche, jedoch äußerst wirksame Tendenz ist es, was die kapitalistischen Instinkte wachgerufen und die neuen Widerstände heraufbeschworen hat. In Berlin hat man zwar die Aufführung nicht mehr verhindern können. Hier läuft der Film in 17 Theatern. Einige freilich haben versucht, die wirksame Schlusszene wenigstens zu unterschlagen. In anderen Orten des Reiches hat das Filmkapital es aber verstanden, den Widerstand der Kinobesitzer davor zu organisieren, daß ganze Landesteile die Aufführung bis jetzt abgelehnt haben. Hier können und sollten die örtlichen Gewerkschaften zusammen mit den Ortsausschüssen eingreifen, indem sie von den Kinobesitzern die Aufführung des Films „Die Schmiede“ erzwingen. Es muß das überall möglich sein, da die Mehrheit der Kinobesitzer aus Arbeiterkreisen stammt. Da der Film zudem auch für die Reichstagswahl gute Aufklärungsdienste zu leisten vermag, so sollten sich die Gewerkschaften dieses wirksamen Propagandamittel nicht von bürgerlichen und furchtsamen Theaterbesitzern aus der Hand schlagen lassen. Wenn es gar nicht anders geht, müßten sie eigene Vorführungen veranstalten. Sie würden sich damit zugleich auch im Kampf gegen den vielfachen Schund und Klüßel im Film ein Verdienst erwerben, für das die Arbeiterschaft ihnen sicher danken wird.

Winein in den „Bücherkreis“! Eine vom arbeitenden Deutschland seit langem angestrebte Einrichtung ist hoffnungsreiche Wirklichkeit geworden: „Der Bücherkreis“ hat sich gebildet! Er ist eine Gelegenheit des billigen Bezuges von Büchern, deren Inhalt den besonderen Wünschen der werktätigen Bevölkerung entspricht. Weite Kreise wollen außer der politischen auch eine zureichende Information über die Ergebnisse der neuen wissenschaftlichen Forschungen haben, sie wollen ferner in lebendigen Darstellungen das Kulturleben vergangener Epochen vermittelt haben, sie wollen schließlich mit dem dichterischen Schaffen der ernsthaften Autoren unserer Zeit in Fühlung sein, sofern dies Schaffen ihrem Denken und Fühlen entspricht. „Der Bücherkreis“ stellt die sichere materielle Grundlage für das in dieser Richtung sich bewegende Bildungsbestreben dar: für den billigen Beitrag von 1 M. pro Monat werden den Teilnehmern — zunächst — 4 Bücher des gekennzeichneten Inhalts geliefert. Auch rein äußerlich werden die zur Ausgabe kommenden Werke allen Anforderungen des Geschmacks genügen. Ist „Der Bücherkreis“ so zunächst eine Organisation des billigen Bücherbezuges, so ist er darüber hinaus eine Einrichtung von besonderer kultureller Bedeutung insofern, als er einen Gedanken verwirklicht, der gleichfalls oft, zuletzt auf der Leipziger Kulturwoche, entwickelt worden ist. Er stellt eine Art kultureller Arbeitsgemeinschaft zwischen der Arbeiterschaft und dem für sie tätigen Kreis der Wissenschaftler und Dichter dar: die Mitglieder des „Bücherkreises“ sollen ihre Wünsche hinsichtlich des speziellen Stoffinhalts der Bücher äußern, sie sollen in einer besonderen Rubrik der Monatschrift „Der Bücherkreis“ ihre Gedanken über die auszugebenden Werke zum Ausdruck bringen, sie sollen Anregung geben, Debatten in Fluß bringen, eine fruchtbringende Wechselwirkung zwischen Autorschaft und Leserschaft herstellen. Die Ausgabe des ersten Wertes erfolgt im Dezember dieses Jahres. Eine Reihe von Zahlstellen des „Bücherkreises“ ist bereits in allen Teilen Deutschlands eingerichtet worden. Die Hauptgeschäftsstelle „Der Bücherkreis“ ist Berlin SW 68, Lindenstr. 3. An sie können auch Beitrittserklärungen einzelner eingereicht werden. „Der Bücherkreis“ ist ein Ausdruck des Kulturwillens des werktätigen Volkes. Es ist nötig, seinen Ausbau zu fördern!

Literarisches.

Vom „**Gewerkschafts-Archiv**“, Herausgeber Karl Zwing, Jena, liegt Heft 7 vor. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Der Internationale Kongreß für Sozialpolitik, von Emil Dittmer. Strömungen in der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Zur Frage der Wirtschaftsräte in Deutschland, von Rudolf Wiffel. Auslese in der Arbeiterbewegung, von Dr. Th. Cassau. Zur Problematik des Achtstundentages, von A. Kranold. — Das „Gewerkschafts-Archiv“ erscheint monatlich. Preis des Heftes 1 M. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen oder der Verlag, Jena, Kammerstraße 10, entgegen.

„**Die Gesellschaft**.“ Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgeber Dr. Rudolf Hilferding. Verlag J. S. W. Diez Nachfolger, Berlin SW 68. — Die Novembernummer enthält Artikel von Rudolf Hilferding: Realistischer Pazifismus; von Professor Dr. E. Ater: Zur materialistischen Geschichtsauffassung; von Dr. Fritz Waade: Richtlinien für ein sozialdemokratisches Agrarprogramm; von Professor Dr. H. F. Fuchs: Zur Biologie der menschlichen

Arbeit; von Dr. Moritz Bilecki: Kolonialpolitik unter internationaler Kontrolle. „Die Gesellschaft“ erscheint monatlich. Vierteljahrsabonnement 3,60 M., Jahresabonnement 14 M. Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.

„**Die Gemeinde**.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. S. W. Diez Nachfolger, Berlin SW 68. — Das erste Novemberheft liegt vor, besonders reichhaltig ausgestattet. Bezugspreis monatlich 1,20 M. Die Schrift kann durch alle Postanstalten und Buchhandlungen bezogen werden.

„**Frauenwelt**.“ Halbmonatsschrift, erscheint vierzehntägig an jedem zweiten Sonnabend. Ausgabe A (ohne Schnittmusterbogen) 30 M., Ausgabe B (mit Schnittmusterbogen) 40 M. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Buchhandlungen entgegen. Verlag J. S. W. Diez Nachfolger, Berlin SW 68.

Wissenschaftliche Betriebsführung im Baugewerbe. Ein Beitrag zur Verbesserung der baugewerblichen Arbeit. Heft 4 der Dreifellenbücherei. Herausgegeben vom Verband Sozialer Baubetriebe, Berlin S 14, Inselstraße 6, Verlag „Vorwärts“-Buchdruckerei. Preis 2 M. — Dieses Heft ist entstanden aus der Zusammenfassung und Erweiterung einer Anzahl Aufsätze, die über dieses Gebiet in der Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft“ in den letzten Jahren erschienen sind. Es stellt die erste zusammenfassende Veröffentlichung der wichtigsten Gedanken auf dem Gebiete der modernen Betriebsforschung im Baugewerbe dar und sollte von jedem Fachmann eingehend studiert werden.

Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1923. 182 Seiten, Preis in Ganzleinen gebunden 3 M., kartoniert 2 M., Berlin 1924, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Der Inhalt des Buches ist nicht nur ein Bericht über die Geschäftstätigkeit des Vorstandes, sondern gibt trotz der knappen Form ein zusammenhängendes Bild der deutschen Wirtschaft, der Haltung der Gewerkschaften und ihrer Bemühungen, die schlimmsten Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs vom ganzen Volke abzuwenden. Der Leser gewinnt einen Ueberblick über das riesige Aufgabengebiet der Gewerkschaften. Dieses Gebiet ist nicht zu meistern mit der nur geistlich-moralischen Erkenntnis von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Wir müssen dazu kommen, daß mindestens die Funktionäre mit allen Problemen der Bewegung so vertraut sind, daß sie böswilligen Kritikern zu jeder Zeit begegnen können. Material dazu bietet das Jahrbuch in ausreichendem Maße. Wer über die Wirksamkeit der Bewegung urteilen will, muß seinen Inhalt kennen. Das Buch gehört deshalb in die Hände der Gewerkschaftsfunktionäre.

Im 49. Jahrgang ist der **Neue Welt-Kalender 1925** erschienen. Der Verlag Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. hat sich mit Erfolg bemüht, den Kalender künstlerisch auszustatten. Sowohl der Umschlag als auch die Monatsseiten lassen die Mitarbeit bedeutender Künstler erkennen. Ein Dreifarbenruck von Max Liebermanns „Eva“ wird als Gratisbeigabe allgemeine Anerkennung finden. Der Preis des Kalenders beträgt 60 M.

Versammlungsanzeiger.

- Montag, den 17. November:**
Potsdam: 7½ Uhr bei Praet, Kaiser-Wilhelm-Straße 88.
- Donnerstag, den 20. November:**
Greifswald: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. —
Lauban: Gleich nach Feierabend im Volkshaus.
- Sonntag, den 22. November:**
Münster i. W.: Abends 8 Uhr im Lokal von Fröhling, Ecke Sonnen- und Mauritzstraße.
- Sonntag, den 23. November:**
Altötting: Vormittags 10 Uhr im „Dresdner Hof“. —
Detmold: Vormittags 10 Uhr im Volkshaus, Ecke Paulinen- und Lageschstraße.

Anzeigen.

Stirbetafel.

- Esterberg.** Am 30. Oktober starb unser Kamerad **Heinrich Zabisch** im Alter von 58 Jahren an Lungenentzündung.
- Linbau i. Böhmen.** Am 5. April starb unser Kamerad **Josef Wolf** im Alter von 48 Jahren an Lungentuberkulose.
- München.** Am 31. Oktober starb unser langjähriges Mitglied **Georg Hintermeyer** im Alter von 66 Jahren an Nierenblutung.
- Schwerin.** Am 1. November starb unser Kamerad **Bruno Memmert** im Alter von 46 Jahren an Leberfrankheit.

Ghre ihrem Andenken!

Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen.

Alle zureisenden Kameraden haben sich, da Umschauen verboten ist, vorher auf dem Verbandsbureau P. 4. 4/5 (Volkshaus) zu melden. [1,50 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Neustettin.

Umschauen in Neustettin ist verboten. Zureisende müssen sich beim Vorsitzenden, Kameraden **R. Thurow**, Forststr. 18, melden. [1,50 M.] Der Vorstand.

Fritz Möller, Zimmerer aus Burg i. Dithmarschen, gelegentlich an Kamerad **Max Ott**, Tiefbauerschule in Rendsburg. [1,20 M.]